Nr. 564. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 2. Dezember 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Das Jubiläum Kaiser Franz Josef's.

Wien, 1. Dezember. Wien ist heute schon Feststadt. Trotzdem der Kaiser eine stille Feier seines Jubiläums wünscht und sich in die Einsamkeit des Familienlebens zu seiner Tochter Valerie nach Wallsee zurückgezogen hat, wurden in der Reichsmetropole im letzten Augenblick alle Anstrengungen gemacht, um den Jubiläumstag prunkvoll zu feiern. Während der vergangenen Nacht hatte die Ausschmückung der Gebäude mit Fahnen und Guirlanden begonnen und fast an jedem größeren Hause arbeiten Installateure, um die elektrischen Anlagen für die morgige Illumination anzubringen. Ein politisches Moment tritt nirgendwo hervor. In den Abendstunden bewegte sich ein Fackelzug von Veteranen und Feuerwehren über die Ringstraße, dem Zehntausende zusahen.

Im Laufe des Tages hielten zahlreiche Korporationen Huldigungs-Festsitzungen ab. Erzherzog Ludwig Viktor überreichte im Namen des Weißen Kreuzes dem Kaiser persönlich eine Huldigungsadresse der Gesellschaft. Eine Abordnung von acht österreichischen Börsenräthen überreichte dem Ministerpräsidenten eine Huldigungsadresse für den Kaiser. Die Ausschmückung der Stadt ist nahezu beendet.

Die „Wiener Abendpost“ und die „Wiener Allgemeine Zeitung“ feiern das Regierungsjubiläum des Kaisers in Festartikeln. Aus den Provinzstädten laufen Meldungen über festliche Veranstaltungen ein.

Der Kaiser ist in Begleitung der Kronprinzessin-Wittwe Stephanie, deren Tochter Elisabeth sowie der Prinzessin Gisela Nachmittag 2¼ Uhr in Amstetten angekommen und hat sich mit dem kurz darauf eingetroffenen Prinzen Leopold von Baiern durch die festlich geschmückte Stadt unter den Ovationen der Bevölkerung nach Wallsee begeben, woselbst gleichfalls ein feierlicher Empfang stattfand.

Anläßlich des Regierungsjubiläums erhielten nur zwei Journalisten Auszeichnungen: Hofrath Hanslick und Oskar Teuber. Philipp Haas, der Chef des großen Teppichhauses, erhielt die Baronie, der Chefarzt der Rettungsgesellschaft den Titel Regierungsrath. Minister Kallay, sowie Baron Helfert erhielten den Orden der Eisernen Krone erster Klasse. Vier Ritter des Goldenen Vließes wurden ernannt. Viele aristokratische Damen sind mit dem Großkreuz des Elisabeth-Ordens ausgezeichnet worden, darunter Fürstin Pauline Metternich und Fürstin Montenuovo. Die Großindustriellen Arthur Krupp und Schoeller erhielten das Komthurkreuz des Franz Josef-Ordens. Mit dem Sterne desselben hohen Ordens wurden Lueger und der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Fuchs dekorirt. Die Großindustriellen Gomperz und Skoda erhielten die Baronie. Die General-Direktoren der Südbahn und der Staatsbahn Eger und Grimburg erhielten das Komthurkreuz des Franz Josef-Ordens.

Das morgen erscheinende Amtsblatt dürfte gegen 4000 Auszeichnungen auf Anlaß des Regierungs-Jubiläums veröffentlichen. Unter den neuernannten Geheimräthen soll auch Herr v. Abrahamovicz, der ehemalige Präsident des Abgeordnetenhauses, unter dessen Leitung die Polizei im Parlamente arbeitete, sich befinden.

Petersburg, 1. Dezember. Der Zar richtete eine lange Glückwunsch-Depesche an den Kaiser Franz Josef; alle Regimenter, deren Inhaber Kaiser Franz Josef ist, veranstalten morgen eine besondere Feier.

Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“.

Der letzte Brief Kaiser Wilhelms I. an den Fürsten Bismarck hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 23. Dezember 1887.

Anliegend sende ich Ihnen die Ernennung Ihres Sohnes zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz, um dieselbe Ihrem Sohne zu übergeben, eine Freude, die ich Ihnen nicht versagen wollte. Ich denke, die Freude wird eine dreifache sein, für Sie, für Ihren Sohn und für mich.

Ich ergreife die Gelegenheit, um Ihnen mein bisheriges Schweigen zu erklären auf Ihren Vorschlag, meinen Enkel, den Prinzen Wilhelm, mehr in die Staatsgeschäfte einzuführen, bei dem traurigen Gesundheitszustande des Kronprinzen, meines Sohnes! Im Prinzip bin ich ganz einverstanden, daß dies geschehe, aber die Ausführung ist eine sehr schwierige. — Sie werden ja wissen, daß die an sich sehr natürliche Bestimmung, die ich auf Ihren Rath traf, daß mein Enkel W. in meiner Behinderung die laufenden Erlasse des Militär- und Zivil-Kabinets unterschreiben werde unter der Ueberschrift auf „Allerhöchsten Befehl“ — daß diese Bestimmung den Kronprinzen sehr irritirt hat, als denke man in Berlin bereits an seinen Ersatz! Bei ruhigerer Ueberlegung wird sich mein Sohn wohl beruhigt haben. Schwieriger würde diese Ueberlegung sein, wenn er erfährt, daß seinem Sohn nun noch größere Einsicht in die Staatsgeschäfte gestattet wird und selbst ein Ziviladjutant gegeben wird — wie ich seiner Zeit meine vortragenden Räthe bezeichnete. Damals lagen die Dinge jedoch ganz anders, da ein Grund meinen königlichen Vater veranlassen konnte, einen Stellvertreter des damaligen Kronprinzen zu bestellen, obgleich meine Erbschaft an der Krone schon längst vorher zu sehen war, und unterblieb meine Einführung bis zu meinem 44. Jahre, als mein Bruder mich sofort zum Mitglied des Staatsministeriums ernannte mit Beilegung des Titels als Prinz von Preußen. Mit dieser Stellung war also Zutheilung eines erfahrenen Geschäftsmannes nothwendig, um mich zur jedesmaligen Staatsministerialsitzung vorzubereiten. Zugleich erhielt ich täglich die politischen Dépèchen, nachdem dieselben durch 4—5—6 Hände, den Siegeln nach, gegangen waren! Für bloße Konversation, wie Sie es vorschlagen, einen Staatsmann meinem Enkel zuzutheilen, entbehrt also des Grundes einer Vorbereitung, wie bei mir, zu einem bestimmten Zweck und würde bestimmt meinen Sohn von neuem und noch mehr irritiren, was durchaus unterbleiben muß. Ich schlage Ihnen daher vor, daß die bisherige Art der Beschäftigung-Erlernung der Behandlung Staats-Ministerien zugetheilt werde und vielleicht auf zwei ausgedehnt werde, wie in diesem Winter, wo mein Enkel freiwillig den Besuch des Auswärtigen Amts ferner zu gestatten neben dem Finanz-Ministerium, welche Freiwilligkeit dann von Neujahr ganz fortfallen könnte und vielleicht das Minist. des Innern, wobei meinem Enkel zu gestatten wäre, in (unleserlich) Fällen sich im Auswärtigen Amt zu orientiren. Diese Fortsetzung des jetzigen Verfahrens kann meinen Sohn weniger irritiren, obgleich Sie sich erinnern werden, daß er auch gegen dieses Verfahren scharf opponirt.

Ich bitte also um Ihre Ansicht in dieser Materie.

Ein angenehmes Fest Ihnen allen wünschend

Ihr

dankbarer

Wilhelm.

Das beifolgende Patent wollen Sie gefälligst vor der Uebergabe kontrasigniren. W.“

Ein anziehender Abschnitt behandelt den ersten Eintritt Bismarcks in die Beamtenlaufbahn.

Als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts verließ ich Ostern 1832 die Schule als Pantheist, und wenn nicht als Republikaner, doch mit der Ueberzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei und mit Nachdenken über die Ursachen, welche Millionen von Menschen bestimmen könnten, Einem dauernd zu gehorchen, während ich von Erwachsenen manche bittere oder geringschätzige Kritik über die Herrscher hören konnte. Dazu hatte ich von der turnerischen Vorschule mit Jahnschen Traditionen (Plamann), in der ich vom sechsten bis zum zwölften Jahre gelebt, deutsch-nationale Eindrücke mitgebracht. Diese blieben im Stadium theoretischer Betrachtungen und waren nicht stark genug, um angeborene preußisch-monarchische Gefühle auszutilgen. Meine geschichtlichen Sympathien blieben auf Seiten der Autorität. Harmodius und Aristogiton sowohl wie Brutus waren für mein kindliches Rechtsgefühl Verbrecher, und Tell ein Rebell und Mörder. Jeder deutsche Fürst, der vor dem dreißigjährigen Kriege dem Kaiser widerstrebte, ärgerte mich, vom Großen Kurfürsten an aber war ich parteiisch genug, antikaiserlich zu urtheilen und natürlich zu finden, daß der siebenjährige Krieg sich vorbereitete. Doch blieb mein deutsches Nationalgefühl so stark, daß ich im Anfang der Universitätszeit zunächst zur Burschenschaft in Beziehung gerieth, welche die Pflege des nationalen Gefühls als ihren Zweck bezeichnete. Aber bei persönlicher Bekanntschaft mit ihren Mitgliedern mißfiel mir ihre Weigerung, Satisfaktion zu geben, und ihr Mangel an äußerlicher Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft, bei näherer Bekanntschaft auch die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen, die auf einem Mangel an Bildung und an Kenntniß der vorhandenen, historisch gewordenen Lebensverhältnisse beruhte, von denen ich bei meinen 17 Jahren mehr zu beobachten Gelegenheit gehabt hatte, als die meisten jener durchschnittlich älteren Studenten. Ich hatte den Eindruck einer Verbindung von Utopie und Mangel an Erziehung .... Ich kam nach Berlin mit weniger liberaler Gesinnung zurück, als ich es verlassen hatte, eine Reaktion, die sich wieder abschwächte, nachdem ich mit dem staatlichen Räderwerke in unmittelbare Beziehung getreten war. Ich hatte, so lange ich in dem damaligen Alter an eine Beamtenlaufbahn ernstlich dachte, die diplomatische im Auge, auch nachdem ich von Seiten des Ministers Ancillon bei meiner Meldung dazu wenig Ermuthigung gefunden hatte. Der Minister hatte den Eindruck, daß die Kategorie unseres hausbackenen Landadels für unsere Diplomatie den ihm wünschenswerthen Ersatz nicht lieferte und die Mängel, welche er an der Gewandtheit des Personalbestandes dieses Dienstzweiges fand, zu decken nicht geeignet war. Dieser Eindruck war nicht ganz ohne Berechtigung. Ich habe als Minister stets ein landsmannschaftliches Wohlwollen für eingeborene preußische Diplomaten gehabt, aber im dienstlichen Pflichtgefühle nur selten diese Vorliebe bethätigen können, in der Regel nur dann, wenn die Betheiligten aus einer militärischen Stellung in die diplomatische übergingen. Bei den rein preußischen Zivil-Diplomaten, welche der Wirkung militärischer Disziplin garnicht oder unzureichend untergelegen hatten, habe ich in der Regel eine zu starke Neigung zur Kritik, zum Besserwissen, zur Opposition und zu persönlichen Empfindlichkeiten gefunden, verstärkt durch die Unzufriedenheit, welche das Gleichheitsgefühl des alten preußischen Edelmanns empfindet, wenn ein Standesgenosse ihm über den Kopf wächst oder außerhalb der militärischen Verhältnisse sein Vorgesetzter wird. In der Armee sind diese Kreise seit Jahrhunderten daran gewöhnt, daß das geschieht, und geben den Bodensatz ihrer Verstimmung gegen frühere Vorgesetzte an ihre späteren Untergebenen weiter, sobald sie selbst in höhere Stellen gelangt sind. In der Diplomatie kommt dazu, daß diejenigen unter den Aspiranten, die Vermögen oder die zufällige Kenntniß fremder Sprachen, namentlich der französischen, besitzen, schon darin einen Grund zur Bevorzugung sehen und deshalb der oberen Leitung noch anspruchsvoller und zur Kritik geneigter gegenübertreten als andere. Sprachkenntnisse, wie auch Oberkellner sie besitzen, bildeten bei uns leicht die Unterlage des eigenen Glaubens an den Beruf zur Diplomatie, namentlich so lange unsere gesandtschaftlichen Berichte, besonders die ad Regem, französisch sein mußten, wie es die nicht immer befolgte, aber bis ich Minister wurde, amtlich in Kraft stehende Vorschrift war. . . . Aus der Zeit, als ich nach Frankfurt ernannt wurde, ist mir außer mir, dem Freiherrn Karl v. Werther, Kanitz und dem französisch verheiratheten Graf Max Hatzfeldt kaum der Chef einer ansehnlichen Mission preußischer Abstammung erinnerlich. Ausländische Namen standen höher im Kurse: Brassier, Perponcher, Savigny, Oriola. Man setzte bei ihnen größere Geläufigkeit im Französischen voraus, und sie waren „weiter her“, dazu trat der Mangel an Bereitwilligkeit zur Uebernahme eigener Verantwortlichkeit bei fehlender Deckung durch zweifellose Instruktionen, ähnlich wie im Militär 1806 bei der alten Schule aus Fridericianischer Zeit. Wir züchteten schon damals das Offiziermaterial bis zum Regiments-Kommandeur in einer Vollkommenheit wie kein anderer Staat, aber darüber hinaus war das eingeborene preußische Blut nicht mehr fruchtbar an Begabungen wie zur Zeit Friedrichs des Großen selbst. Unsere erfolgreichsten Feldherren, Blücher, Gneisenau, Moltke, Goeben waren keine preußischen Urprodukte, ebenso wenig im Zivildienste Stein, Hardenberg, Motz und Grolman. Es ist, als ob unsere Staatsmänner wie die Bäume in den Baumschulen zu voller Wurzelbildung der Versetzung bedürften.

Die Obliegenheiten der örtlichen Rentenstellen.

Die Obliegenheiten der im Entwurf des Invalidenversicherungsgesetzes vorgesehenen neuen Lokalbehörden sollen, wie bereits früher angedeutet wurde, nicht auf die Rentenfeststellung beschränkt werden. Es wird ihnen auch eine Reihe von Verwaltungsaufgaben überwiesen, deren schleunige und sachkundige Erledigung von dem oft weit entfernten Mittelpunkt der Verwaltung der Versicherungsanstalt aus Schwierigkeiten bereitet. Es handelt sich dabei zum Theil um Obliegenheiten, welche den gegenwärtigen als örtliche Anstaltsorgane fungirenden Vertrauensmännern übertragen sind, bei dieser als wenig zweckmäßig erkannten Einrichtung jedoch keine erhebliche praktische Bedeutung erlangt haben. Von besonderem Belang ist aber die Uebertragung der Kontrolle der Beitragsentrichtung auf die Rentenstellen; diese sollen nicht blos das Markenkleben durch die Arbeitgeber und die Versicherten überwachen, sondern auch da, wo das Einzugsverfahren eingeführt ist, die Aufsicht über die ordnungsmäßige Geschäftsführung der Einzugsstellen führen, soweit hierbei die Organe der Versicherungsanstalt mitzuwirken haben. Die bisherigen besonderen Kontrollbeamten der Versicherungsanstalten fallen deshalb ebenso fort wie die bisherigen besonderen Vertrauensmänner. Von Bedeutung ist auch der Vorschlag des Entwurfs, den Rentenstellen die Auskunftsertheilung alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten zu übertragen. Bei der Arbeiterbevölkerung besteht unzweifelhaft ein wachsendes Bedürfniß nach einer vertrauenswürdigen Einrichtung, bei der sie sich in Fragen des gewerblichen Lebens Auskunft, Rechtsbelehrung und unter Umständen auch Unterstützung holen können. Es wird als nicht ausgeschlossen hingestellt, daß die örtlichen Rentenstellen, wenn sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung als Auskunftsstellen sich bewähren, später auch in weiterem Umfange zu amtlicher Auskunftsertheilung herangezogen werden können. Es soll dann dadurch ein Gegengewicht geschaffen werden gegenüber neuerdings getroffenen anderen Einrichtungen dieser Art, welche, vielfach von einseitigen Gesichtspunkten ausgehend, den Endzweck der sozialpolitischen Gesetze, die Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, eher zu gefährden als zu fördern geeignet sind. Eine Erweiterung der Obliegenheiten der Rentenstellen ist dem Vorstande der Versicherungsanstalt oder nach Anhörung desselben der Landes-Zentralbehörde vorbehalten. Letzteres um deswillen, weil es angezeigt sein kann, gewisse Erweiterungen des Wirkungskreises der Rentenstellen, auch ohne an die Initiative des Vorstandes gebunden zu sein, einzuführen. Es mag hier nur auf die Möglichkeit hingewiesen werden, die örtlichen Feststellungsbehörden demnächst direkt als Hebestellen für die Einziehung der Beiträge, als Stellen für die Ausstellung und den Umtausch der Quittungskarten, zu verwenden. Immerhin bildet die Rentenfeststellung den Schwerpunkt der Thätigkeit der Lokalbehörden. Es ist deshalb für ihre Organisation dieselbe Grundlage vorgesehen, welche sich bei den Schiedsgerichten bewährt hat: Besetzung mit einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem ständigen Vorsitzenden.

Die Vorgänge in Frankreich.

Die „Droits de l'Homme“ vervollständigen die Angaben Poincarés über Lebrun-Renault. Danach erfuhr selbst General Mercier erst durch die Zeitungen von dem angeblichen Geständniß des Dreyfus. General Gonse erhielt nun den Auftrag, Lebrun-Renault dem Kriegsminister, dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten der Republik vorzustellen. Poincaré bezeugte blos, daß Lebrun-Renault vor Dupuy nichts von dem Geständniß sagte. Die „Droits de l'Homme“ fügen hinzu, daß er auch vor Casimir-Perier stumm blieb. Sie hoffen, daß Casimir-Perier Gelegenheit erhalten werde, dies vor dem Kassationshofe zu bestätigen.

Der Deputirte für Toulon, Ferrero, früherer Maire dieser Hafenstadt, hatte dem Marineminister Lockroy schriftlich seine Absicht mitgetheilt, ihn wegen der geradezu schrecklichen Unordnung zu interpelliren, die im Arsenal von Toulon herrsche. Danach hätte es nicht nur, wenn es zu Feindseligkeiten zwischen England und Frankreich gekommen wäre, an dem vorschriftsmäßigen Proviant für die Schiffsmannschaften, sondern auch an den Munitionen gefehlt und wären außerdem von den drei geheimen Plänen der Vertheidigung des Kriegshafens Toulon zwei gleichzeitig verschwunden. Von diesen drei Plänen befand sich einer in den Bureaus der Hafenpräfektur in Toulon, der zweite im Marineministerium und der dritte im Kriegsministerium. Jetzt soll nur noch der letztere vorhanden sein. Der Marineminister hatte diese Darstellung zunächst offiziös entkräften lassen; allein Ferrero erklärte die Berichtigung für werthlos und bestand auf seiner Interpellation. In der Kammer richtete dann der Abgeordnete Ferrero an den Marineminister Lockroy die angekündigte Frage wegen der ungenügenden Munitionen, die im Arsenal von Toulon aufbewahrt werden sollen, und die gewissenlose Verschleuderung der Proviante. Es war unter Anderem erzählt worden, mehrere Zentner Fleischkonserven hätten als verdorben eingescharrt werden müssen. Auch wegen des angeblichen Verschwindens von zwei der drei früher existirenden Pläne der Vertheidigungswerke von Toulon stellte der ehemalige Maire der Hafenstadt den Minister zur Rede. Dieser schwor, als die äußerste Linke darob in lautes Murren ausbrach, an den angeblichen Enthüllungen des „Petit Var“ sei kein wahres Wort: der auf sechs Monate berechnete Getreidevorrath, eine Million Doppelzentner, sei vollständig und im besten Zustande, und das gleiche gelte von den Speck- und Konservevorräthen. Daß eine stattliche Quantität der letzteren habe eingescharrt werden müssen, sei eitel Lüge. Wenn man übrigens im Flottendienste ein schlechtes Proviantmittel los werden wolle, so verscharre man es nicht, sondern werfe es ins Meer. Von den Geschützen versicherte Herr Lockroy ebenfalls, daß Alles in Ordnung sei, und was den Plan der Vertheidigungswerke von Toulon betrifft, so liege er an sicheren Orten. Das Gerücht des Verschwindens von zwei Exemplaren sei ohne Zweifel dadurch entstanden, daß den Fischern der Rhede große Vorsicht gegen Fremde, die sich bei ihnen einschmeicheln möchten, eingeschärft worden war. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Gestern soll der Kassationshof ein sensationelles Zeugniß bezüglich der Intriguen gegen Picquart von einem der Presse unbekannten Greise angehört haben.

Trotz der gegentheiligen Versicherungen der Generalstabspresse gilt es als ausgemacht, daß der Picquart-Prozeß nicht stattfindet.

Aus dem Reiche.

Die **Rede des Kaisers** auf die Ansprache des Bürgermeisters Kirschner bei dem gestrigen Einzug in Berlin lautet ausführlicher wie folgt: Geehrter Herr Bürgermeister! Ich danke, zugleich auch im Namen der Kaiserin, den städtischen Behörden für den uns bereiteten Empfang. Es freut uns, heute wieder unsere Vaterstadt betreten zu können nach Rückkehr von einer so schönen Reise, voll mächtiger Eindrücke auf den Gebieten der Religion, der Kunst und der Industrie: Das Eine aber kann ich Ihnen sagen, daß wir überall den deutschen Namen in allen Ländern und allen Städten geschätzt und geachtet gefunden haben, wie nie zuvor. Ich hoffe, daß dies so bleiben wird und daß unsere Reise dazu beigetragen haben möge, der deutschen Energie und deutschen Thatkraft neue Absatzgebiete zu eröffnen, und daß es mir gelungen ist, daran mitzuwirken, unter den Völkern den Frieden zu befestigen. Ich kehre gern nach Berlin zurück, der Stadt, die ich, wie wie Sie wissen, und wie Sie ja auch sahen, stets fördern helfe, um meine Arbeit wieder aufzunehmen und hoffe, daß das städtische Gemeinwesen unter Ihrer Leitung auch weiterhin segensreich sich entwickeln werde, ohne Rücksicht auf Parteiungen. Ich danke Ihnen nochmals, daß Sie sich durch das schlechte Wetter nicht haben abhalten lassen, mir und der Kaiserin diesen patriotischen Empfang zu bereiten, und beauftrage Sie, unsern Dank auch den städtischen Behörden und der Bürgerschaft aussprechen zu wollen. — Der **Handelsminister** empfing am Mittwoch eine Abordnung des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden und der Zentralvereine selbstständiger Gewerbetreibender, die in Vertretung von 26 Vereinen eine Eingabe betr. die Rabattsparvereine überreichte. Der Minister ließ sich eingehend über die thatsächlichen Verhältnisse, sowie über die Wünsche der betheiligten Kreise, welche die Stellung dieser Vereine unter das Wirthschaftsgenossenschafts-Gesetz, sowie Heranziehung derselben zu den städtischen und staatlichen Steuern beantragen, Bericht erstatten und ersuchte um Einreichung statistischen Materials, aus dem sich eine Gesamtübersicht über die Schädigung des Handels durch die Rabattsparvereine ersehen lasse. Der Minister versprach eine gründliche Prüfung der Angelegenheit, sowie der etwa zu ergreifenden erforderlichen Maßregeln. Eine bezügliche Denkschrift ist bereits in Vorbereitung und soll demnächst dem Handelsminister zugehen. — Der **Fürstbischof Dr. Kopp** stattete nach seiner Audienz beim Kaiser dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Kultusminister Dr. Bosse Besuche ab und kehrte darauf nach Breslau zurück. — Ein **italienischer Anarchist** wurde nach den „Leipz. Neuest. Nachr.“ von der Dresdener Polizei ermittelt und vorläufig dingfest gemacht. — Ein **thätlicher Angriff** wurde am Sonntag Abend in Duisburg im katholischen Arbeiterverein auf den Präses Kaplan von Bockum-Dolffs verübt. Als ein Redner gegen den Einspruch des Präses über nicht zur Tagesordnung gehörige Dinge sprach, und ihm nach vorausgegangener Verwarnung das Wort entzogen wurde, sprach derselbe in widersetzlicher Weise weiter. Der Präses schloß deshalb die Versammlung, worauf der Sprecher, Weber mit Namen, erklärte, daß die Versammlung gegen den Willen des Präses weiter tage. In Folge dessen entstand ein Tumult, wobei ein Bierglas gegen den auf dem Podium stehenden Präses geschleudert wurde. Herr von Bockum-Dolffs wurde am Kopfe verletzt. In Folge der Vorgänge wurde die Versammlung aufgelöst. — Kreis-Schul-Inspektor Schwalbe hat an die Vorsitzenden der Posener **Kleinkinderbewahranstalten**, dem „Kuryer“ zufolge, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Nach einem Erlasse des Herrn Oberpräsidenten vom 15. Oktober d. J. soll in den hiesigen Kleinkinderschulen von einem förmlichen Religionsunterricht abgesehen werden, da die Ertheilung eines systematischen Religionsunterrichts über den Zweck solcher Anstalten hinausgeht und geeignet ist, die noch nicht im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder zu überanstrengen. Ebenso darf es fortan nicht geduldet werden, daß Kinder deutscher Nationalität in solchen Anstalten den Religionsunterricht und die sonstige Unterweisung in polnischer Sprache erhalten.“ — Die Stadtverordneten in Leipzig lehnten die Vorlage des Raths: 400 000 Mark zu dem **Fehlbetrag** der vorjährigen **Gewerbe-Ausstellung** zuzuschießen, mit großer Mehrheit ab. Es verbleibt somit bei den von der Stadtgemeinde gewährten 100 000 Mark à fonds perdu und der Heranziehung der Stadt mit der weitern Garantiezeichnung von 150 000 Mark, etwa zum dritten Theile. Somit wird die Stadt im Ganzen 150 000 Mark leisten. — Vor einigen Tagen durchlief die Meldung die Presse, Kultusminister Dr. Bosse habe der Stadt Düsseldorf die Genehmigung zur Errichtung eines Seminars für **Volksschullehrerinnen** versagt. Oberbürgermeister Lindemann in Düsseldorf bestätigte den Stadtverordneten die Richtigkeit dieser Meldung, gab auch die Gründe des Entscheides bekannt. Der Minister habe erklärt, im Rheinland sei die Errichtung eines staatlichen Volksschullehrerinnen-Seminars in Aussicht genommen. Dieser Absicht würde Düsseldorf vorgegriffen haben.

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember. Die „Köln. Ztg.“ schreibt zu der Rede des Grafen Thun: „Nicht sowohl in reichsdeutschen, als vielmehr in österreichischen Blättern ist der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Bundesverhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich durch die Rede des Grafen Thun eine schwere Erschütterung erlitten habe und in seinem Bestande gefährdet sei. Wir möchten damit sagen, daß in diesen Bemerkungen die Tragweite der betreffenden Rede sehr überschätzt wird. Wenn eine Vereinigung zwanzig Jahre zum Besten zweier benachbarter Länder bestanden hat, dann geht sie nicht so leicht in die Brüche. Das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich zieht seine Stärke namentlich in dem Umstande, daß es nicht dem einen Staate einseitig Vortheile gewährt, sondern daß diese Vortheile beiden Staaten zu Gute kommen. Wir wollen keine arithmetische Berechnung aufstellen, welcher der beiden Theile mehr giebt und welcher der beiden Theile mehr empfängt, wir glauben aber, daß man in Oesterreich die großen Vortheile, welche dieser Staat aus dem bisherigen Vertragsverhältniß gezogen hat, nicht verkennen wird.“

— Nach einer Londoner Meldung halten die vier Mächte an dem Entschluß fest, den Protest der Pforte gegen die Entsendung des Prinzen Georg als Oberkommissär nach Kreta unbeantwortet zu lassen, da sie die Aufrechthaltung der türkischen Fahne auf Kreta als Zeichen der Souveränetät des Sultans als das einzige Zugeständniß betrachten, das der Türkei in dieser Hinsicht noch gemacht werden konnte. — Nach einer weiteren Meldung aus Athen hat König Georg in den letzten Tagen aus dem Inlande, sowie von den griechischen Kolonien im Auslande zahlreiche telegraphische Dankeskundgebungen für die erfolgreichen Bemühungen erhalten, die er an den befreundeten Höfen zu Gunsten der Sicherung der Zukunft Kretas und des Hellenismus überhaupt angewendet hat. In allen diesen Kundgebungen wird konstatirt, daß die Bande, welche die Dynastie mit der Nation verknüpfen, durch die Ereignisse der letzten Zeit unauflöslich geworden seien. Ferner wird gemeldet, daß die russische Regierung bereits eine Million Franks als Beitrag für die der autonomen Regierung zu gewährende Anleihe an Admiral Skrydlow überwiesen hat, welcher den Betrag dem Oberkommissär unverzüglich nach dessen Ankunft übermitteln werde. Die Regierungen von England, Frankreich und Italien haben die Ueberweisung der auf sie entfallenden gleichen Beträge für den 8. Dezember angekündigt.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung folgende Entwürfe zum Reichshaushaltsetat für 1899 genehmigt: betr. das auswärtige Amt, die Reichsdruckerei, die Verwaltung des Reichsheeres (mit einigen Aenderungen), die Verwaltung der kaiserlichen Marine (mit einigen Aenderungen), die Verwaltung des Gouvernements Kiautschau, die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die Verwaltung der Eisenbahnen (mit einigen Aenderungen) und den allgemeinen Pensionsfonds. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Gesetzentwürfe wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1899, wegen Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen und wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Rechnungsjahr 1899 zur Schuldentilgung; ferner die Uebersichten über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1895/96, 1896/97 und 1897/98, der Entwurf von Bestimmungen über die Sammlung von Saatenstands- und Erntenachrichten und der Entwurf von Grundsätzen für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden u. s. w. mit Militäranwärtern. Dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1899 wurde die Zustimmung ertheilt und schließlich über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Die einzelnen Bundesregierungen sind schon vor längerer Zeit zu eingehenden Erhebungen und Berichten über die Wirkungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe veranlaßt worden. Dieses gesammelte Material soll dem Reichsamt des Innern zur Grundlage für etwaige Abänderungen des Gesetzes oder seiner Ausführungsbestimmungen dienen. Besonders dringliche Anträge der betheiligten Interessenten sind, soweit dies zulässig ist, schon jetzt im Verwaltungswege berücksichtigt worden.

— Zu den Ausweisungen aus Schleswig-Holstein schreibt die „Berl. Korr.“: Gegen die in diesen Blättern gegebene Darstellung der von der Staatsregierung in Schleswig-Holstein verfügten Ausweisungsmaßregeln ist der Einwand erhoben worden, daß sich aus der angegebenen Ziffer von 117 Ausweisungen ein Rückschluß auf die wirthschaftliche Wirkung der vielbesprochenen Polizeiverfügungen so lange nicht ziehen lasse, als die Zahl der in Schleswig-Holstein lebenden dänischen Staatsangehörigen nicht angegeben werde. Es sei daher ergänzend bemerkt, daß in Schleswig-Holstein am 1. Juli des laufenden Jahres im Ganzen rund 21 900 dänische Staatsangehörige vorhanden waren. Im Hinblick auf dieses Zahlenverhältniß zwischen den ausgewiesenen und den in Schleswig-Holstein anwesenden dänischen Staatsangehörigen kann von einer durch die Ausweisungen in nennenswerthem Umfange bewirkten Schädigung wirthschaftlicher Interessen um so weniger die Rede sein, als in der Zahl 117 die erfahrungsmäßig alljährlich in ziemlich gleichbleibender Höhe wiederkehrenden, aus sittenpolizeilichen und anderen nicht polizeilichen Gründen erfolgenden Ausweisungen mit enthalten sind.

— Als Netto-Einnahme der Tabaksteuer ist in den Reichshaushaltsetat für 1899 die Summe von 12 025 000 Mark eingestellt. Der Flächeninhalt der Tabakpflanzungen für das nächste Jahr ist zu rund 22 150 ha angenommen, nachdem er 1896: 22 649 ha und 1897: 21 654 ha betragen hatte. Dieser Flächeninhalt kommt insofern in Betracht, als nach einer Bestimmung des Bundesraths für die Anbaukontrolle 20 Pfg. für den Ar der mit Tabak bebauten Flächen als Vergütung in Ansatz gebracht werden. Für die Anbaukontrolle sind demgemäß auf das Jahr

1899 nahezu ½ Million Mark von der Brutto-Soll-Einnahme in Abzug gebracht worden.

— Seit einigen Jahren ist es üblich, den Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren besondere Aufgaben zu stellen, die den Gegenstand eingehenderer Erkundigungen und einer besonderen Berichterstattung in den Jahresberichten dieser Beamten zu bilden haben. Auf diesem Wege sollen einzelne sozialpolitische Fragen vertieft und das für ihre gesetzliche Regelung erforderliche Material beschafft werden. Für die nächstjährige Berichterstattung ist den Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren als eine solche Aufgabe die Beschäftigung verheiratheter Frauen in den Fabriken und die zweckmäßigste Art der Beschränkung dieser Arbeit gestellt worden. Es ist das auf Grund einer Resolution geschehen, die der Reichstag am 22. Januar d. J. angenommen hat: Den Reichskanzler zu ersuchen, eine eingehendere Berichterstattung über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken — Umfang, Gründe und Gefahren der Beschäftigung, Möglichkeit, Zweckmäßigkeit und Wege der Beschränkung 2c. — in den nächsten Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zu veranlassen.

Die „Nationall. Korr." bemerkt hierzu: Schon jetzt wenden die Gewerbeaufsichtsbeamten der Frage der weiblichen Arbeiter im Allgemeinen eine dankenswerthe Aufmerksamkeit zu; die meisten der Jahresberichte dieser Beamten lassen sich regelmäßig eingehend über die Zahl der Arbeiterinnen, die darin zu Tage tretenden Veränderungen und die Gründe dafür, über die Art der Beschäftigung der Arbeiterinnen, den Einfluß auf die körperliche Entwickelung u. dergl. aus. Es handelt sich also jetzt nur darum, die gemachten Beobachtungen für die unverheiratheten und verheiratheten Frauen gesondert zur Darstellung zu bringen und sie in Bezug auf die verheiratheten Frauen in der von der Resolution des Reichstages angegebenen Richtung zu erweitern und zu vertiefen. Eine Zählung, welche die verbündeten Regierungen im Jahre 1890 veranstalteten, ergab für ganz Deutschland 130 079 in Fabriken beschäftigter Frauen. Diese Statistik ist nicht fortgesetzt worden. Augenblicklich wird nur die Zahl der weiblichen Arbeiter überhaupt und die der unter oder über 21 Jahre alten Arbeiterinnen festgestellt. Diese Zahlen sind in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegen; die der Arbeiterinnen über 21 Jahre hat sich z. B. von 1894 bis 1896 von 383 094 auf 429 313 gesteigert. Nach Schätzung würde sich die Zahl der verheiratheten Frauen, die in Fabriken beschäftigt sind, im letzgenannten Jahre auf rund 175 000 belaufen haben. Für die Beurtheilung der Maßnahmen, die insbesondere aus gesundheitlichen Gründen in Vorschlag gebracht werden, ist es von wesentlicher Bedeutung, ein genaues Bild der Verhältnisse zu erhalten.

Frankreich.

Paris, 1. Dezember. Der Senat nahm einen Antrag Constans' an, wonach das Gesetz von 1897 betreffend Aufhebung der geheimen Untersuchung auf die Militärgerichte Anwendung finden soll. Marcere brachte einen Abänderungsantrag ein, dahin gehend, es solle die geheime Untersuchung im Falle nationaler Gefahr aufrechterhalten bleiben. Freycinet bekämpfte diesen Antrag, den er für unzulässig erklärt. Es seien ja doppelte Garantien gegeben, da die Nation und die Armee innig mit einander verbunden seien. Der Antrag wurde mit 196 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Waldeck-Rousseau brachte einen Antrag ein, welcher bezweckt, den Artikel 445 der Strafprozeßordnung dahin abzuändern, daß dem Kassationshofe das Recht zustehen soll, die Vertagung aller Strafverfolgungen zu verfügen, welche einer eingeleiteten Revision Hindernisse bereiten könnten. Waldeck-Rousseau verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit. Der Justizminister Lebret sprach sich gegen die Dringlichkeit aus, da hierdurch dem Gesetze der Charakter eines Gelegenheitsgesetzes gegeben würde. Hierauf wurde die Dringlichkeit mit 113 gegen 113 Stimmen abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Dezember. Heute Nachmittag ist der Pforte von den Dragomans der vier Mächte die Notifikation betreffend die Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissar von Kreta überreicht worden. Die Notifikation ist begleitet von einer Note, in welcher erklärt wird, die vier Mächte würden die Interessen der öffentlichen ottomanischen Schuld auf Kreta wahren.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. Dezember. Der Deutsche Radfahrer-Bund wendet sich in einem Aufruf an sämtliche Radfahrer des Königreichs Preußen mit der Bitte, dieselben möchten sich der von dem Bund verfaßten Petition an das Abgeordnetenhaus betr. die Aufhebung der am 1. September in Kraft getretenen neuen Eisenbahnbestimmungen über den Transport der Fahrräder anschließen.

— Bezüglich der Beförderung von sogen. Riesen-Postkarten hat das Reichspostamt aus Anlaß eines Spezialfalles dem Absender nachstehenden Bescheid zugehen lassen: „Sendungen von sogen. Riesen-Postkarten, welche die Größe der amtlich ausgegebenen Postkarten erheblich überschreiten, können zur Postbeförderung gegen die Postkartentaxe nicht zugelassen werden. Dagegen sind die Karten gegen das gewöhnliche Briefporto (10 Pf. franko bis zu einem Gewicht von 15 Gramm) offen versendbar, sie dürfen indeß den Aufdruck „Postkarte" oder eine ähnliche Bezeichnung nicht tragen." Die Nachricht, als ob eine Verfügung erlassen worden wäre, welche anordnet, daß die in Rede stehenden Postkarten nur mit einem Streifband oder in einer Umhüllung befördert werden dürfen, ist nach bei der Ober-Postdirektion eingezogenen Erkundigungen unzutreffend.

— Die seit dem Jahre 1883 im Ministerium der öffentlichen Arbeiten bearbeitete Statistik der Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen, die den Güteraustausch zwischen den einzelnen deutschen Landestheilen (Provinzen, Regierungsbezirken, Einzelstaaten 2c. — nach Verkehrsbezirken geordnet —) erschöpfend darstellt und damit ein sowohl für Reichs- und Staatsbehörden als für die verschiedenen wirthschaftlichen Körperschaften und Vereine werthvolles Material für die Beurtheilung wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Wirthschafts- und Verkehrspolitik bietet, wird vom 1. Januar k. J. ab nicht mehr vierteljährlich, sondern in Jahresbänden fortgeführt. Mit dieser Neuerung ist eine Erweiterung des Güterverzeichnisses verbunden. Der Bezugspreis für Reichs- und Staatsbehörden beträgt in Folge dessen bei Bestellung durch den Verleger Karl Heymann, Berlin W., Mauerstraße 44, nur noch 15 Mark für den gehefteten und 16 Mark für den gebundenen Jahresband von rund 100 Bogen Umfang. Im buchhändlerischen Vertriebe werden 17 Mark und 18 Mark erhoben.

* Während des Monats November gingen bei der Zentralstelle für Hülfsbedürftige und Arbeitsnachweis — Klosterhof 12 — 169 Gesuche bezw. Meldungen ein. Es wurden 33 Hülfesuchende mit Mittagessen und 108 mit Nachtlager unterstützt, 2 wurden den Spezialvereinen und 6 den Innungen überwiesen, dagegen 6 Gesuche als unbegründet abgewiesen. Arbeitergesuche gingen 5, Arbeitsgesuche 9 ein; in 14 Fällen konnte Arbeit nachgewiesen werden.

* Ein Wächter des Packhofes kam gestern Abend derart unglücklich zu Fall, daß er den rechten Arm brach, er wurde in das städtische Krankenhaus überführt.

* Verhaftet wurden hier unter dem Verdacht des gemeinschaftlichen Diebstahls der Schneider Albert Jakobi und der Arbeiter Albert Maaß. Ferner wurde wegen Bedrohung der Arbeiter Adolf Franke festgenommen.

Ein verunglückter Witz.

Stettin, 2. Dezember.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem Zwischenfall. Es wurde in aller Ruhe darüber debattirt, ob man zur Besichtigung bezw. zur Bestellung neuer Straßenkehrmaschinen nur den Herrn Branddirektor oder auch noch einen Stadtverordneten — es waren die Namen der Herren Maschinenbauschlosser Berndt und Gollnow genannt — nach Kiel, Altona u. s. w. senden wolle. Die Herren Dr. Graßmann, Kurz, Kolisch und Malkewitz waren mit Rücksicht auf die üblen Erfahrungen, welche bei einer zu leichten und unzweckmäßigen Konstruktion der alten Kehrmaschinen hier gesammelt sind, für die Mitsendung eines Maschinentechnikers, während die Herren Manasse und Ritschl glaubten, die Stadtverordnetenversammlung thäte schon ihre Pflicht, wenn sie jetzt Nichts thäte, sondern erst später etwaige Mängel gekaufter Maschinen rügte. Die Debatte floß ganz ruhig dahin, bis Herr Dr. Delbrück das Wort ergriff und mit einem Pathos, das so unangebracht wie möglich war, in die Versammlung hineinrief: Ist denn Herr Gollnow von Beruf Straßenkehrer? Ist denn Herr Berndt von Beruf Straßenkehrer?

Wir können nur annehmen, daß Herr Dr. Delbrück damit nur einen Witz machen wollte! Leider ist ihm aber die Gabe des Humors nicht in dem Maße gegeben, daß er eine Versammlung zu unwiderstehlichem Lachen mit fortreißt. Von dem beabsichtigten Witz blieb daher nur das Wort „Straßenkehrer" hängen, und zwar mit einer Schroffheit, daß es als verletzend für die Herren Gollnow und Berndt angesehen werden mußte! Herr Professor Dr. Kolisch gab dieser Empfindung auch Ausdruck, indem er „Unverschämtheit" dazwischen rief. Da letzteres Wort nun allerdings im parlamentarischen Wörterbuche auch fehlt, so ertheilte der Vorsitzende Herrn Dr. Kolisch einen Ordnungsruf.

Trotzdem wollen wir aber die Ansicht nicht vorenthalten, daß der Zwischenruf des Herrn Prof. Dr. Kolisch die einzig richtige Antwort auf den verunglückten Witz des Herrn Rechtsanwaltes Dr. Delbrück war. Selbst Parteiangehörige des Herrn Rechtsanwaltes gaben ihrer Empfindung in den Worten Ausdruck: Was will denn der Jurist? Das Ganze machte dermaßen den Eindruck der Ueberhebung und juristischer Anmaßung, daß diese Frage nur zu gerechtfertigt ist! Denn läßt Herr Dr. Delbrück etwa neue Einrichtungen im Gerichtswesen durch die untersten Beamten, die Gerichtsdiener, begutachten? Was soll also der „Straßenkehrer" bei der Begutachtung von Maschinen? Herr Dr. Delbrück freilich maßt sich in seiner Rede doch gleichzeitig auch eine Beurtheilung der Sache an! Ja, versteht denn der Jurist etwa Alles? Oder ist Herr Dr. Delbrück auch „Straßenkehrer von Beruf"?

Im Uebrigen können wir den Lesern mittheilen, daß trotz der Nichtmitsendung eines Stadtverordneten die neuen Kehrmaschinen doch von Mitgliedern der Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten in Augenschein genommen werden. Es findet nämlich am 17. Dezember eine Zusammenkunft von Stadtverordneten aus den Städten Kiel, Altona, Hannover, Köln, Stettin 2c. 2c. statt, und wird bei dieser Gelegenheit auch eine der neuen Kehrmaschinen mit Sprengvorrichtung und noch mehreren andern neuen Einrichtungen besichtigt werden.

Aus den Provinzen.

** **Kolberg**, 1. Dezember. Die hiesigen Stadtverordneten nahmen, einer Magistratsvorlage entsprechend, die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 Mark und deren Verzinsung mit 4 Prozent und Amortisation mit anderthalb Prozent an, der Magistrat behält sich aber vor, den Zinsfuß auf 3½ Prozent herabzusetzen, falls das der Geldmarkt gestatten sollte.

Offene Stellen

für Militäranwärter im Bezirk des 2. Armeekorps. 1. Dezember 1898, Inowrazlaw, Magistrat bezw. Polizei-Verwaltung, Polizeisergeantenstelle Nr. 7, Jahresgehalt 1200 Mark, sowie ein nicht pensionsfähiger Zuschuß zu den Kleidergeldern von 50 Mark pro Jahr, von 3 zu 3 Jahren Zulagen von 50 Mark bis zum Höchstbetrage von 1500 Mark. — 1. Januar 1889, Strelno, königl. Polizeidistrikt Strelno II, Amtsbote und Vollziehungsbeamter, Gehalt 540 Mark und Gebühren circa 100 Mark.

Gerichts-Zeitung.

— Ueber einen kürzlich vom Reichsgericht entschiedenen Prozeß einer Stadtgemeinde gegen die Reichspostverwaltung berichtet die „Deutsche Juristenztg.": Von der Reichspostverwaltung sind über öffentliche, im Eigenthum der klagenden Stadtgemeinde stehende Straßen und Plätze Telegraphen- und Fernsprech-Drähte gespannt und zwar früher nach Einholung der Genehmigung der städtischen Vertretung, neuerdings ohne solche und unter Ablehnung einer Verpflichtung hierzu. Die Stadtgemeinde hatte deshalb, gegen den Reichspostfiskus klagend, beantragt, diesen schuldig zu erklären, sich jeder Einschränkung ihres Eigenthums an den öffentlichen Straßen und Plätzen zu enthalten und ihn zu verurtheilen: 1. anzuerkennen, daß er nicht berechtigt sei, ohne ihre Genehmigung jene Straßen und Plätze mit Telegraphen- und Fernsprechdrähten zu überspannen oder den genehmigten eine andere Richtung zu geben; 2. die ohne ihre Genehmigung hergestellten „besonderen" Fernsprechleitungen, so weit sie solche Straßen und Plätze überschreiten, zu entfernen. In den Vorinstanzen ist nach dem Antrage erkannt worden. Die Revision wurde verworfen. In dem Erkenntniß des Reichsgesetzes heißt es u. a.: Städtische öffentliche Straßen und Plätze sind nicht dazu bestimmt, jedem öffentlichen Verkehr, sondern nur dem Straßenverkehr zu dienen, und hierzu gehört der telegraphische und telephonische Verkehr nicht. Der Antrag der Klägerin ist daher berechtigt, wenn die Drähte der Ausnutzung ihres durch den Straßenverkehr beschränkten Eigenthums hinderlich oder lästig sein können. Dies ist aber nachgewiesen, weil die Stadtgemeinde den Betrieb elektrischer Straßenbahnen theils schon eröffnet hat, theils beabsichtigt, und nach § 12 des Tel.-Gesetzes vom 6. April 1892 genöthigt sein würde, zur Verhütung des Ueberspringens des elektrischen Stromes von den Starkstromleitungen dieses Betriebes auf die dann vorhandenen Drähte der Reichspostverwaltung Kosten aufzuwenden, wozu sie thatsächlich schon angehalten worden ist.

Kunst und Wissenschaft.

Hamburg, 1. Dezember. Unter Führung des Forschungsreisenden Dr. Meyer ging heute zwecks zoologischer und anthropologischer Forschungen eine naturwissenschaftliche Expedition nach Südbrasilien und Argentinien ab. Die Expedition, an welcher 30 Herren theilnehmen, führt einen eigenen Arzt mit und ist auf zwei Jahre berechnet.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 1. Dezember. [Schiffsbewegungen des Norddeutschen Lloyd.] „Trave" 1. Dezember in Bremerhafen angekommen. „Willehead" 30. November von Baltimore nach Bremen abgegangen. „Wittekind" 30. November in Antwerpen angekommen. „H. H. Meyer" 30. November in Bremerhafen angekommen. „Trier" 30. November Reise von Antwerpen nach Bremen fortgesetzt.

Bremen, 1. Dezember. Die Rettungsstation Kuxhafen telegraphirt: Am 1. Dezember wurden von der in der Norderelbe gestrandeten norwegischen Bark „Norwig", Kapitän Tobiassen, mit Salz von Hamburg nach Newcastle bestimmt, zehn Personen durch das Rettungsboot der Station Elbe (Leuchtschiff 2) gerettet.

Vermischte Nachrichten.

Hannover, 1. Dezember. Während der Fahrt Hameln-Oldendorf hat sich in der zweiten Wagenklasse ein etwa dreißigjähriger Mann mittelst Rasirmessers den Hals durchgeschnitten; er war alsbald todt. Der Selbstmörder, der noch nicht rekognoszirt ist, hatte eine Anzahl französischer Banknoten im Besitz.

Ravenna, 2. Dezember. Eine aus 7 Personen bestehende Räuberbande versuchte Nachts in das hiesige Steueramt einzudringen und dasselbe zu berauben, wurde jedoch bei dem Versuch, den Kassenschrank aufzubrechen, von der Polizei überrascht. Bei dem in Folge dessen entstehenden Kampf wurden zwei Räuber getödtet, vier schwer verwundet.

— Die großartige Entdeckung der Röntgen-Strahlen hat so viele gerechte Bewunderung erregt und der ernsten Wissenschaft so viele neue Beobachtungswege erschlossen, aber auch schon manche höchst merkwürdige Anwendung sich gefallen lassen müssen. Die wunderlichste aber ist wohl die, die Mr. Rudolf Spreckles in Kalifornien ausgedacht hat. Spreckles besitzt unweit von San Francisco ein Gut, auf dem er nicht weniger als 14 000 Hühner unterhält. Er hatte schon früher beobachtet, daß ihm das Vorhandensein von Faulpelzen unter seinem Federvieh eine bedeutende Einbuße an Eiern verursachte, ohne daß er die Schuldigen herausfinden konnte. Da fielen ihm die X-Strahlen ein und er durchstrahlte nun der Reihe nach alle seine Hennen, um ihre Begabung für das Eierlegen festzustellen. In jeder Stunde konnten 30 bis 40 Hennen untersucht werden. Wurde der geringe Werth eines Huhnes hinsichtlich des Eierlegens festgestellt, so wurde es von vornherein zur Mast bestimmt und später als fetter Braten verkauft. So erzielt Spreckles den denkbar größten Nutzen aus seinem Hühnerhofe dank der X-Strahlen.

Versicherungswesen.

Versicherungsanstalten der Baierischen Hypotheken- und Wechselbank in München. Die Feuerversicherungsanstalt hatte Ende Oktober d. J. einen Zugang von 243 703 105,00 Mark an Versicherungskapital. Die Bruttoprämie stieg auf 4 697 578,65 Mark. Der angemeldete Bruttobetrag an Schäden betrug ultimo Oktober 2 409 917,00 Mark. Die Zahl der Brandfälle stieg auf 5979. Die Lebensversicherungsanstalt verzeichnete bis Ende Oktober d. J. einen Nettozugang von 3829 Versicherungen über 9 242 011,00 Mark (gegen 1902 Versicherungen über 7 650 293,00 Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres). Bei der Leibrenten-Anstalt fand ein Zugang von 321 Versicherungen mit 1 820 321,00 Mark Kapitalseinlage für 171 963 Mark jährliche Rente statt und erhöhte sich der Bestand auf 3639 Versicherungen mit 2 121 785,00 Mark Jahresrente. In der Unfall-Branche wurden 1953 allgemeine und Reise-Unfallversicherungen über 17 254 767 Mark Versicherungs-Summe für den Todesfall, 30 176 929 Mark Versicherungs-Summe für den Invaliditätsfall und 10 181,54 Mark Tagesrente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit abgeschlossen, sowie 1593 Haftpflichtversicherungen über 49 851 666,00 Mark Höchstschadensumme. An Schäden wurden angemeldet: 1 Todesfall, 3 Invaliditätsfälle, 180 Fälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit und 60 Haftpflichtschäden. Beim Herannahen des Winters sei besonders hingewiesen auf die Haftpflichtversicherung für Haus- und Grundbesitzer, wodurch die Anstalt diesen Ersatz bietet für die mancherlei Entschädigungsansprüche, denen dieselben ausgesetzt sind bei Unfällen, welche Inwohner oder Passanten erleiden in Folge unterlassener Streuung bei Glatteis, durch Herabfallen von Schnee und Eis von den Dächern, Sturz auf der Treppe in Folge mangelhafter Beleuchtung u. s. w.

Bankwesen.

London, 1. Dezember. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 21 819 000, Abnahme 1 196 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 27 171 000, Zunahme 409 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 32 190 000, Abnahme 787 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 29 415 000, Zunahme 2 636 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 37 702 000, Zunahme 2 035 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 6 193 000, Abnahme 152 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 19 501 000, Abnahme 1 152 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 10 415 000, Zunahme 385 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 49½ gegen 54⅝ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 169 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 3 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. Dezember. Wetter: Bedeckt. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 760 Millimeter. Wind: SW., lebhaft.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 38,30—38,50 bez.

Berlin, 2. Dezember. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 39,20, loko 50er amtlich —,—.

London, 2. Dezember. Wetter: Fehlt.

Berlin, 2. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,10	London kurz	204,20
do. do. 3½%	101,10	London lang	202,50
do. do. 3%	94,70	Amsterdam kurz	168,65
Dtsch. Reichsanl. 3%	94,10	Paris kurz	80,80
Pom. Pfandb. 3½%	98,40	Belgien kurz	80,45
do. do. 3%	89,00	Berl. Dampfmühlen	129,75
do. Neul. Pfd. 3½%	98,60	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	105,40
3% neuländ. Pfdbr.	89,00	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	424,00
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	99,10	„Union", Fabr. chem. Produkte	104,50
do. 3%	89,25	Varziner Papierfabr.	199,80
Italienische Rente	94,25	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	157,80
do. 3% Eisb.-Obl.	59,40	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
Ungar. Goldrente	101,50	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	100,10	Stett. Stdtanl. 3½%	—,—
Serb. 4% 95er Rente	58,60	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. von 1890	41,70	Disc.-Commandit	195,25
Rum. am. Rente 4%	91,90	Berl. Handels-Ges.	164,50
Mexikan. 6% Goldr.	99,50	Oesterr. Credit	225,90
Oesterr. Banknoten	169,50	Dynamite Trust	175,60
Russ. Bankn. Cassa	216,20	Bochumer Gußstahlf.	216,60
do. do. Ultimo	216,50	Laurahütte	207,60
Gr. Russ. Zollcoup.	323,50	Harpener	175,25
Franz. Banknoten	80,85	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	196,00
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	97,25	Dortmunder Union Littr. C.	94,50
do. (100) 4%	—,—	Ostpreuß. Südbahn	93,00
do. (100) 4%	87,50	Marienburg-Mlawkabahn	83,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Norddeutscher Lloyd	111,60
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI Em.	100,00	Lombarden	29,80
Stett. Vulc.-Aktien Littr. B.	219,50	Franzosen	152,50
Stett. Vulc.-Prior.	219,25	Luxemburg. Prince-Henribahn	103,25
Stett. Straßenbahn	172,00		
Petersburg kurz	—,—		
Warschau kurz	215,95		

Tendenz: Fest.

Paris, 1. Dezember, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	1.	30.
3% Franz. Rente	102,67	102,22
5% Ital. Rente	95,50	95,02
Portugiesen	23,30	22,80
Portugiesische Tabaksoblig.	473,00	474,00
4% Rumänier	—,—	93,20
4% Russen de 1889	102,40	—,—
3% Russen de 1894	—,—	—,—
4½% Russ. Anl.	—,—	—,—
4% Russen (neue)	—,—	94,72
3% Serben	59,35	59,50
4% Spanier äußere Anleihe	41,60	41,80
Convert. Türken	22,85	22,82
Türkische Loose	111,70	111,00
4% türk. Pr.-Obligationen	475,00	476,00
Tabacs Ottom.	280,00	280,00
4% ungar. Goldrente	103,10	103,00
Meridional-Aktien	689,00	688,00
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	770,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3640	3615
B. de Paris	946,00	940,00
Banque ottomane	548,00	546,00
Credit Lyonnais	869,00	861,00
Debeers	663,00	658,00
Langl. Estrat.	76,00	75,50
Rio Tinto-Aktien	765,00	765,00
Robinson-Aktien	225,50	224,50
Suezkanal-Aktien	3655	3641
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,68	206,62
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,12	122,12
do. auf Italien	6,62	6,62
do. auf London kurz	25,29	25,27½
Cheque auf London	25,31½	25,30
do. auf Madrid kurz	358,50	361,00
do. auf Wien kurz	207,50	207,75
Huanchaca	46,00	44,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 1. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 31,25 G., per März 32,25 G., per Mai 32,50 G., per September 33,25 G.

Hamburg, 1. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 10,20, per Januar 10,27½, per März 10,37½, per Mai 10,47½, per August 10,70, per Oktober 9,77½. Ruhig.

Bremen, 1. Dezember. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,90 B. Schmalz höher. Wilcox 28 Pf., Armour shield 28 Pf., Cudahy 28¾ Pf., Choice-Grocery 28¾ Pf., White label 28¾ Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko 28 Pf. — Reis ruhig. — Kaffee unv. — Baumwolle ruhig. Upland middl. loko 29 Pf.

Wien, 1. Dezember. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 9,60 G., 9,62 B. Roggen per Frühjahr 8,63 G., 8,65 B. Mais per Mai-Juni 5,20 G., 5,22 B. Hafer per Frühjahr 6,23 G., 6,25 B.

Pest, 1. Dezember, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko beh., per März 9,71 G., 9,72 B., per April 9,53 G., 9,55 B. Roggen per März 8,53 G., 8,54 B. Hafer per März 5,97 G., 5,99 B. Mais per Mai 4,88 G., 4,89 B. Kohlraps per August 12,25 G., 12,35 B. Wetter: Schön.

Amsterdam, 1. Dezember. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 1. Dezember. Bancazinn 50,37.

Amsterdam, 1. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine ruhig, per März 177,00, per Mai —,—. Roggen loko —,—, do. auf Termine fest, per März 141,00, per Mai 137,00. Rüböl loko —,—, per Dezember —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 1. Dezember. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 1. Dezember, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,62 bez. u. B., per Dezember 19,62 B., per Januar 19,62 B., per März 19,75 B. Fest.

Schmalz per Dezember 67,50.

Paris, 1. Dezember. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 30,25 bis 31,25. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 31,62, per Januar 31,87, per März-Juni 32,62, per Mai-August 33,00.

Paris, 1. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Dezember 21,50, per Januar 21,25, per Januar-April 21,35, per März-Juni 21,50. Roggen ruhig, per Dezember 14,60, per März-Juni 14,50. Mehl beh., per Dezember 46,30, per Januar 45,85, per Januar-April 45,90, per März-Juni 46,10. Rüböl ruhig, per Dezember 50,75, per Januar 51,25, per Januar-April 51,75, per Mai-August 52,25. Spiritus beh., per Dezember 43,25, per Januar 43,25, per April 43,75, per Mai-August 43,50. Wetter: Regen.

Havre, 1. Dezember, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 38,25, per März 39,25, per Mai 39,50. Kaum behauptet.

London, 1. Dezember. 96% Javazucker loko 12,25 fest, Rüben-Rohzucker loko 10 Sh. 1¾ d. Käufer, matt.

London, 1. Dezember. Chili-Kupfer 56,00, per drei Monate 55 15/16.

London, 1. Dezember. Kupfer Chilibars good ordinary brands 56 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 83 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zink 24 Lstr. — Sh. — d. Blei 13 Lstr. 5 Sh. — d. Roheisen Mixed numbres warrants 49 Sh. 4 d.

Glasgow, 1. Dezember. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 49 Sh. 2½ d. Warrants Middlesborough III. 45 Sh. — d.

Newyork, 1. Dezember, Abends 6 Uhr.

	1.	30.
Baumwolle in Newyork	5 9/16	5 9/16
do. Lieferung per Dezember	—,—	5,33
do. Lieferung per Februar	—,—	5,37
do. in Neworleans	5,00	5,00
Petroleum, raff. (in Cases)	8,05	8,05
Standard white in Newyork	7,30	7,30
do. in Philadelphia	7,25	7,25
Credit Calances at Oil City	115,00	115,00
Schmalz Western steam	5,35	5,25
do. Rohe und Brothers	5,55	5,50
Zucker Fair refining Moscovados	4,00	4,00
Weizen fest.		
Rother Winterweizen loko	76,75	75,62
per Dezember	73,75	72,62
per März	75,00	74,00
per Mai	71,62	70,87
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,37	6,37
per Januar	5,60	5,50
per März	5,80	5,75
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,70	2,70
Mais fest,		
per Dezember	39,12	39,00
per März	—,—	—,—
per Mai	39,75	39,50
Kupfer	13,00	13,00
Zinn	18,25	18,35
Getreidefracht nach Liverpool	5,00	5,00

Chicago, 1. Dezember.

	1.	30.
Weizen fest, per Dezember	66,00	65,25
per Mai	66,75	—,—
Mais fest, per Dezember	33,25	33,12
Pork per Dezember	7,90	7,77½
Speck short clear	5,00	5,00

Woll-Berichte.

London, 1. Dezember. Wollauktion. Preise fest, nur ordinäre Croßbreds matt.

Bradford, 1. Dezember. Wolle stetig, ausgenommen geringe Croßbreds. Die Londoner Auktion war ohne Einfluß. Feine Merino stetig, englische belebter, feine Mohairwolle fest. Garne und Stoffe unverändert.

Wasserstand.

* **Stettin**, 2. Dezember. Im Revier 5,29 Meter = 16′ 10″.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 2. Dezember. Sämtliche Morgenblätter bringen anläßlich des 50jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josefs sympathische Artikel. — Gestern Abend fand als Vorfeier ein Orgelkonzert in der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche statt, zu welchem das Kaiserpaar, die hier anwesenden Fürstlichkeiten, die österreichische Botschaft, die Minister und die Generalität erschienen waren.

Brüssel, 2. Dezember. Die Polizei hat das Anarchisten-Organ „Liberté" beschlagnahmt und gleichzeitig Hausuntersuchungen bei verschiedenen Anarchisten in Brüssel vorgenommen.

Paris, 2. Dezember. Die Untersuchung in der Picquart-Angelegenheit vor dem Kassationshof, welche Mittwoch unterbrochen wurde, ist gestern fortgesetzt und Picquart verhört worden. Sein Verhör wurde jedoch abgebrochen, um einen anderen Zeugen zu verhören. Dieser neue Zeuge hat sofort nach dem Verhör den Kassationshof verlassen; sein Name war nicht in Erfahrung zu bringen.

Paris, 2. Dezember. Aus allen Theilen des Landes kommen Berichte über die allgemeine Bewegung zu Gunsten Picquart's. In den Versammlungen der Sozialisten und Radikalen in Lezan und Orleans wurde Picquart akklamirt. Mehrere Hundert Studenten der Hochschule von Montpellier veranstalteten eine großartige Kundgebung zu Gunsten Picquarts, woran sich auch einige Professoren betheiligten.

Madrid, 2. Dezember. Der Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten wird Anfang Januar den Kortes unterbreitet werden.

Barcelona, 2. Dezember. Die Studenten der Universität wiederholten gestern ihre Kundgebungen, indem sie die Bänke der Hörsäle zerschlugen und zum Fenster hinauswarfen. Die Gendarmerie mußte einschreiten und die Studenten aus der Universität hinaustreiben.

London, 2. Dezember. „Daily Telegraph" meldet aus Madrid, Marschall Campos habe beschlossen, einen Staatsstreich in Spanien zu unternehmen. „Daily Graphic" kommentirt diese Meldung und sagt, ein solches Vorgehen wäre für Spanien nicht besser als eine Revolution oder ein Wiederumsturz der jetzigen Dynastie. Es wäre schlimmer für Spanien als alles Andere und es würde das Land seiner Freiheit berauben.